

■ Längst hat die Ausbreitung des Coronavirus auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Wenig beleuchtet wird bislang die Frage, wer von der aktuellen Situation profitiert. Tut dies eine sich weiter verzockende Finanzwirtschaft, die eine willkommene Gelegenheit sieht, sich erneut vom Staat retten zu lassen?

So zugespitzt würde ich es nicht formulieren. Allerdings haben die Banken in den vergangenen Jahren viele faule Kredite angesammelt, die ihnen Probleme bereiten. Die Niedrigzins-

nützigen und öffentlichen Krankenhäusern ist. Finanzspekulant, die Arztpraxen und Kliniken übernommen haben, fragen sich: Wie kann ich aus der Situation Profit schlagen? Mit der Sicherung von Quarantäneveranstaltungen können sie jedenfalls nicht absahnen, die kostet viel Geld.



Rudolf Hickel

## Virus trifft Kapitalismus

»Beschäftigte sind die Gelackmeierten«  
Coronaepidemie hat Konsequenzen für die Wirtschaft. Privatisiertem Gesundheitssystem droht Kollaps.

Ein Gespräch mit Rudolf Hickel

Von Gitta Düperthal

phase und entsprechend zinsgünstige Kredite ermöglichten es eigentlich schon insolventen Unternehmen, sich dank sogenannter Zombiekredite über Wasser zu halten. Infolge der Verbreitung des Coronavirus wird der ganze Wertberichtigungsbedarf erst sichtbar. Im Windschatten der Krise könnten sich die Banken folglich mit Rettungsmaßnahmen auf Staatskosten sanieren.

**Könnte es im Interesse der Finanzwirtschaftslobby liegen, die Angst vor dem Virus anzufeuern, um so zu vertuschen, dass eine Finanzkrise unabhängig von Corona längst ins Haus stand?**

Nicht unmittelbar: Eine Interessengruppe, die sagt, »Lasst uns mal wieder die Banken mit Steuergeld retten«, existiert vermutlich nicht. Aber dass die gegenwärtige Situation instrumentalisiert wird, liegt auf der Hand. Wichtiger ist aber, dass in der Coronakrise die Folgen der Privatisierung des Gesundheitssystems richtig offenbar werden. Die dramatischen Folgen zeigen, wie problematisch die Zerschlagung von gemein-

Zwei Lehren daraus bestärken Linke in ihrer Position. Die erste: Raus aus der profitwirtschaftlichen Organisation der Krankenhäuser! Auch Arme müssen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Die zweite: In der Pharmazie greift die linke Globalisierungskritik. Dass Konzerne zur Lohnkostensenkung ganze Produktionszweige in Länder mit Billiglöhnen wie Indien oder China verlagerten, rächt sich jetzt. Linke haben stets insistiert, diesem aggressiven Kapitalismus müsse durch lokale Produktionsstandorte begegnet werden. Jetzt fordert selbst Bundesgesundheitsminister Jens Spahn von der CDU, europäische Unternehmen müssten wieder in Europa produzieren.

**Droht auch die Demokratie Schaden zu nehmen, weil sich die Logik intransparenten kapitalistischen Handelns noch weiter verschärft?**

Ja, das Vertrauen ist völlig erschüttert. Die jetzt auftretenden Probleme hätten wir alle nicht, wenn die von Profitgier getriebenen Konzerne sich nicht in der Form hätten entfalten können. Jetzt muss geprüft werden, wie diese Unternehmenspolitik

durch die Stärkung lokaler Produktion rückgängig gemacht werden kann.

**Was muss die Bundesregierung in dieser Situation tun?**

All das, was der Bertelsmann-Konzern in seinen Studien mit der ständigen Rede vom Bettenüberhang bewirkt hat, stellt sich nun als Unfug heraus. Krankenhäuser müssen wieder breit in der Fläche öffentlich gesichert werden. Die Globalisierung muss zurückgefahren, die Rückholung der Industrie gefördert werden. Zudem brauchen wir sofortige Überbrückungsmaßnahmen für die Beschäftigten. Sie sind die Gelackmeierten, wenn jetzt durch Lieferunterbrechungen Arbeit nicht gebraucht wird. Was passiert, wenn ein Arbeiter morgens einen Anruf von seiner Firma erhält, dass die Produktion eingestellt werden muss, weil etwa eine Zulieferkette aus China nicht funktioniert? Da darf keine Verunsicherung aufkommen.

Wie können Linke sicherstellen, dass nicht unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Coronavirus ein Klassenkampf von oben stattfindet? Die sozialen Bewegungen müssen scharf kritisieren, in welche fatale Lage uns dieser aggressive Globalisierungskapitalismus gebracht hat. Es muss jetzt für ein öffentlich abgesichertes stabiles Gesundheitssystem mit Krankenhäusern vor Ort demonstriert werden. Parole: Raus mit den Finanzspekulant aus dem Gesundheitssystem! Wir brauchen einen ökologischen und sozial abgefederten Umbau des gesamten Systems sowie eine Förderung der Binnenwirtschaft. Mit der aggressiven Exportstrategie muss Schluss sein.

Dieses Gespräch erschien ursprünglich in der jungen welt vom 16. März 2020.

**Anmerkung:**  
Der Text der letzten Zeitlupe (BLZ 1/2020) stammt nicht von Alice Hasters. Die Redaktion bitte diesen Fehler zu entschuldigen.